

INHALTSVERZEICHNIS

Geleitwort des Herausgebers	XI
Vorwort	XII

A. Das repräsentative System in der Kritik

I. Direktere Repräsentation als Forderung der Kritiker	1
1. „Formale“ Demokratie	2
2. Oligarchisierung	7
II Die alternativen Vorschläge	10
1. Direkte Demokratie	10
2. Kritik	11
3. Rätemodell	12
a) Aufbau und Funktionsweise	13
b) Kritik	15
III. Prüfung der direktdemokratischen Entwürfe	17
1. Logische und empirische Prüfung	18
a) Kompatibilität der Systeme auf gleicher Entscheidungsebene und gleichem gesellschaftlichen Bereich	18
b) Kompatibilität der Systeme auf unterschiedlichen Ebenen	19
ba) Funktionale Interdependenz	20
bb) Konsistenz der Demokratiemodelle	21
c) Kompatibilität der Systeme in unterschiedlichen Sektoren des sozialen Systems	22
2. Ideengeschichtlicher Exkurs	25
a) Totalitärer Anspruch der Volkssouveränität	26
b) Verneinung des Pluralismus	26
c) Législateur oder Erziehungsdiktatur	27

B. Wechselseitige Austauschbarkeit einzelner Merkmale der alternativen demokratischen Organisationsmodelle

I. Prüfung der Kompatibilität durch Modellanalyse	29
1. Organisationsprinzipien	29
a) Verteilung der Macht	30
b) Transparenz der Machtstruktur	31
c) Kontrolle der Machtausübung	32
d) Regelung der Interessenkonflikte	32
2. Organisationsstruktur	33
a) Autoritätsstruktur	34
b) Kommunikationsstruktur	35
c) Beteiligung der Organisationsmitglieder	36
d) Frage der Zentralisation	37
e) Frage der Gewaltenteilung	37
3. Organisationselemente	38
a) Kandidatenauswahl	38
b) Wahl der Mandatsträger	39
c) Art und Umfang des Mandats	40
d) Kontrolle der Mandatsträger	41
II. Möglichkeiten der Übernahme räte- und direktdemokratischer Elemente zur Reform des repräsentativen Systems	41
1. Direkte Beteiligungsmöglichkeiten für die Gesamtwählerschaft	42
a) Referendum und Volksinitiative	42
aa) Klärung der Definitionen	42
aa1) Referendum	42
aa2) Volksinitiative	43
aa3) Plebiszit	43
ab) Funktionen des Volksentscheids	44
ab1) Schiedsrichterfunktion	44
ab2) Kontrollfunktion	45

ac)	Referendum in der Praxis	45
X ac1)	Sachgerechte Entscheidungen?	46
ac2)	Der personelle Faktor	47
ac3)	Plebiszit statt Referendum	50
ac4)	Gefährdung des Parlamentarismus	51
ad)	Begrenzte Wirkungsmöglichkeiten für Referenden?	51
ad1)	Ausgeschlossene Bereiche	51
ad2)	Verfassungsreferendum	52
X ad3)	Mängel des Entscheidungsprozesses	52
ae)	Ein untaugliches Instrument: Referendum	52
af)	Eine Möglichkeit: Volksinitiative	53
b)	Direkte Wahl des Bundespräsidenten	54
ba)	Das Amt des Bundespräsidenten	54
bb)	Die Entstehung des derzeitigen Bestellungsmodus	55
bc)	Kompatibilität und Funktionsfähigkeit bei Direktwahl	56
bc1)	Die Bedeutung des Parteiensystems	56
bc2)	Direktwahl in der Bundesrepublik	57
bd)	Rechtfertigung der Direktwahl durch die Funktionen	58
bd1)	Integrationsfunktion	58
bd2)	Funktion der Reservemacht	59
be)	Direktwahl bei Wahlrechtsänderung	59
c)	Direkte Wahl des Bundeskanzlers	59
ca)	Einführung des präsidentialen Systems	60
ca1)	Beratungen im Parlamentarischen Rat	60
ca2)	Weimar „halb“ verstanden	60
ca3)	Präsidentialsystem mit Verhältniswahl	61
cb)	„Direkte“ Wahl des Regierungschefs im parlamentarischen System	61
cb1)	Formelle Unmöglichkeit	61
cb2)	Wählermotivationen	62
cb3)	Bedeutung des Wahlrechts	63
cc)	Wahlrechtsänderung: „Direkte“ Wahl des Regierungschefs	63
d)	Richterwahl	63
da)	Demokratie und Rechtsstaatlichkeit	63
da1)	Rechtsstaatlichkeit und richterliche Unabhängigkeit	63
da2)	Richterliche Unabhängigkeit und Richterbestellung	64
da3)	Bedeutung der Gewaltenteilung	64
da4)	Richterliche Unabhängigkeit und demokratische Legitimation	64
da5)	Aufhebung scheinbarer Antinomien	65
db)	Formen der Richterbestellung	66
dc)	Volkswahl der Richter als radikaldemokratisches Ideal	66

dd)	Volkswahl der Richter in der Wirklichkeit	67
dd1)	Politisierung der Richterwahl	67
dd2)	Vertrauensschwund gegenüber der Judikative	67
dd3)	Abhängigkeiten der Richter von politischen Parteien	68
de)	Vermeidbarkeit der Politisierung bei anderen Bestellungsverfahren?	70
de1)	Grundsätzlich: Tendenz zur Politisierung	70
de2)	Grad der Politisierung	71
df)	Selbstergänzung als unpolitische Bestellung?	71
df1)	Non-Partisan-Court-Plan	71
df2)	Verstoß gegen das Prinzip der demokratischen Legitimation	71
df3)	Politisierung auf anderer Ebene	72
dg)	Das Versagen der Volkswahl	72
dh)	Eine Alternative	72
e)	Kommunale Selbstverwaltung	74
ea)	Autoritätsschwund	74
ea1)	Städte als Unruheherde	74
ea2)	Kumulation von Krisenursachen	75
eb)	Restitution der Autorität	76
eb1)	Dezentralisation	76
eb2)	Konzept der höchstmöglichen Partizipation	78
ec)	Probleme und Konflikte	79
ec1)	Konkurrenz der etablierten politischen Kräfte	79
ec2)	Idealismus und Bürokratie	81
ec3)	Partizipation und Repräsentation	82
ec4)	Effizienz und Machtdiffusion	83
ed)	Lehren der „Community Control“-Bewegung	85
ed1)	Neue kommunalpolitische Strukturen	85
ed2)	Veränderte kommunalpolitische Strukturen	86
ef)	Kommunen als Stabilitätsfaktor im demokratischen System	88
2.	Weiterentwicklung des repräsentativen Prinzips	89
a)	Kandidatenauswahl	89
aa)	Das Instrument der Vorwahl	91
ab)	Nomination ohne Parteien	92
ac)	Wähler und Kandidaten im Prozeß der Vorwahlen	93
ac1)	Die (Vor) Wähler	93
ac2)	Die Kandidaten	94

ad) Parteien im Prozeß der Vorwahlen	95
ad1) Nominationen als Funktion der Parteien	95
ad2) Desintegration der Parteien	98
ad3) Parteimitgliedschaft	99
ad4) Blanket-Primary	102
ae) Vorwahlen als Finanzierungsproblem	102
ae1) Demokratie und Finanzen	102
ae2) Das spezielle Finanzproblem: Vorwahlen	104
af) Wähler und Parteien als Vorwähler	106
af1) Modell	107
af2) Kritik	108
ag) Vorwahl im Parlamentarischen System	112